

Europa braucht eine strategische Rohstoffpolitik

12. Handelsblatt Jahrestagung „Stahlmarkt 2008“

am 4. März 2008, Hotel Hilton, Düsseldorf

Ulrich Grillo,
Vorsitzender des Vorstandes der Grillo AG,
Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM),
Vorsitzender des BDI-Ausschusses Rohstoffpolitik

Redezeit: 10.10 Uhr bis 10.30 Uhr

Sperrfrist 4. März 2008, 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
am Schwarzen Brett einer Benzinpumpenfabrik in Peking
hängt folgendes Sprichwort:

„Jeden Morgen erwacht in Afrika eine Gazelle. Sie weiß,
sie muss schneller rennen als der schnellste Löwe, oder
sie wird gefressen.

Jeden Morgen erwacht in Afrika ein Löwe. Er weiß, er
muss schneller rennen als die langsamste Gazelle, oder er
wird verhungern.

Egal, ob Löwe oder Gazelle – Bei Tagesanbruch muss
man rennen.“

Man könnte auch sagen: Egal, ob Chinese, Inder oder
Deutscher, die Globalisierung macht uns Beine - ob wir
wollen oder nicht. Und: selbst wenn wir uns bewegen,
dies aber langsamer tun als andere, bleiben wir – relativ
gesehen – zurück, oder werden gefressen.

Daher war das Auftaktthema dieser Runde von *Seite*
3 von 20

Professor Ameling mit „Steel in motion“ sehr gut gewählt. Mein Vortrag ist sozusagen die Klammer zwischen der Diskussion der globalen Marktentwicklung und der sich daraus ergebenden Frage nach dem Zugang zu Rohstoffquellen, die im nächsten Themenblock diskutiert werden wird.

Gestatten Sie mir dabei, zunächst den Schirm etwas zu öffnen - über das Eisenerz und den Stahl hinaus -, und den Blick auf die Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen insgesamt zu richten.

Ich selbst komme aus der Zinkindustrie. Ein NE-Metall, welches u.a. Ihren schönen Stahl vor dem Verrosten bewahrt. Aber auch andere NE-Metalle wie Kupfer, Aluminium und Blei braucht unsere Industrie.

Europa braucht eine strategische Rohstoffpolitik. Das ist das Thema meines Vortrags. Ich gebe zu, angesichts vieler konkret werkstoffbezogener Themen dieser Konferenz, mag dies dem einen oder anderen vielleicht zu abgehoben oder

zu politisch erscheinen. Sieht man aber etwas genauer hin, erkennt man, dass die Rohstoffversorgung für viele Unternehmen in Deutschland von existenzieller Bedeutung ist.

Mehr noch: die nachhaltige Sicherung unserer Rohstoffversorgung ist entscheidend für den Erhalt der gesamten industriellen Wertschöpfungskette und letztlich für Wohlstand und Wachstum in Europa.

Das 3D-Modell funktioniert in Deutschland nicht. Was meine ich damit? Wir können nicht nur von Dichtern, Denkern und Dienstleistern leben. Wir brauchen die industrielle Wertschöpfung. Und dafür brauchen wir Rohstoffe. Nicht nur energetische Rohstoffe.

Insofern sind Energiemangel und Rohstoffknappheit auch zwei Seiten der gleichen Medaille.

Denn: Wenn wir kein Benzin mehr bekommen, fahren unsere Autos nicht mehr. Aber: wenn wir keine Metalle bekommen, produzieren wir keine Autos mehr. So abgehoben ist mein Thema also nicht.

Ich möchte in meinen Vortrag folgende drei Fragen beantworten:

1. Weshalb brauchen wir überhaupt eine strategische Rohstoffpolitik?
2. Warum brauchen wir sie nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene?
3. Wie muss eine strategische Rohstoffpolitik auf europäischer Ebene aussehen?

Zum ersten Punkt:

Warum brauchen wir überhaupt eine strategische Rohstoffpolitik?

Da sind wir wieder bei dem Löwen und der Gazelle. Das Thema „Rohstoffversorgung“ hat inzwischen die Schlagzeilen erobert. Manche Kommentatoren sehen uns bereits am Beginn des „Zweiten Kalten Krieges – des Kampfes um Rohstoffe“.

Unstrittig ist jedenfalls: Die Welt hat sich verändert. Länder wie Russland und China betreiben ganz bewusst eine geostrategisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit

dem klaren Ziel, den strategischen Zugang zu Rohstoffen zu sichern.

Die Aktivitäten Chinas in Afrika, wo sich das Land systematisch und oft ohne Berücksichtigung internationaler Standards den Zugang zu Rohstoffquellen sichert, werden von der Weltöffentlichkeit zunehmend kritisch beobachtet.

Das Interesse von Baosteel und anderen chinesischen Stahlunternehmen, mit Unterstützung des chinesischen Staatsfonds „China Investment Corp.“, „Rio Tinto“ zu übernehmen, haben die strategischen Bestrebungen Chinas noch einmal verdeutlicht. Was Chinalco bei BHP vorhat, bleibt abzuwarten.

Weniger stark wahrgenommen von der Presse – wohl aber auf den Märkten – werden die handels- und wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen, die das Land zur Sicherung der eigenen Rohstoffversorgung einsetzt.

China steuert seinen Aufstieg durch gezielte „makroökonomische Kontrolle“ der gesamten Wertschöpfungskette. Dies bedeutet, dass der Staat eine Fülle unterschiedlicher Instrumente einsetzt, die – einzeln betrachtet – möglicherweise gar nicht so problematisch zu sein scheinen. Da es sich dabei aber um ein flexibles, genau aufeinander abgestimmtes System von Maßnahmen handelt, mit dem Ziel, die eigene Wirtschaft zu unterstützen, wirkt es wettbewerbsverzerrend.

Meine Damen und Herren,
unstrittig ist: Die Rohstoffversorgung ist und bleibt primär Sache der Unternehmen selbst. Die Unternehmen selbst müssen durch strategische Ausrichtung und Wahrnehmung bestehender Handlungsspielräume ihre Rohstoffversorgung bestmöglich sichern. Allerdings müssen für alle Beteiligten die gleichen Spielregeln gelten. Dies ist aber erkennbar nicht der Fall:

Staatlich geförderte Unternehmenskonzentrationen sowie Handels- und Wettbewerbsverzerrungen führen zu einem

strategischen Ungleichgewicht zu Lasten des Marktes und seiner Akteure, also zu Lasten von uns.

Diese politischen Probleme können nur durch die Politik gelöst werden!

Es ist Aufgabe der Politik, auf Einhaltung international vereinbarter Regeln zu bestehen und bei Verstößen Sanktionen durchzusetzen.

Es ist Aufgabe der Politik, Optionen gegenüber den Ländern zu schaffen, die sich den internationalen Spielregeln noch nicht unterworfen haben, auf den Märkten aber bereits aktiv sind.

Schließlich ist es auch Aufgabe der Politik, die politischen Rahmenbedingungen im eigenen Land so zu gestalten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt und nicht geschwächt wird.

Kurzgesagt:

Die Politik ist beim Thema Rohstoffversorgung Seite
9 von 20

gefordert, insbesondere dort, wo politisch verursachte Störungen der Rohstoffversorgung beseitigt und wo politische Rahmenbedingungen neuen Erfordernissen angepasst werden müssen.

Allerdings, eine erfolgreiche Rohstoffpolitik funktioniert nur mit einem umfassenden und nachhaltigen Ansatz, in dem die Ministerien der Bundesregierung an einem Strang ziehen und in dem jedes Ministerium seinen Beitrag zur Rohstoffsicherheit leistet.

Dies meine Damen und Herren, war auch die Kernforderung der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“, die auf dem BDI-Rohstoffkongress im vergangenen Jahr in Anwesenheit der Bundeskanzlerin ihre Ergebnisse präsentierte.

Die Bundesregierung hat diese Botschaft verstanden und dem Plädoyer der BDI-Präsidialgruppe folgend einen Interministeriellen Ausschuss – kurz IMA – Rohstoffe

eingesetzt, dem neben dem Bundeskanzleramt *Seite*
10 von 20

und dem Wirtschaftsministerium 7 weitere Ressorts angehören. Dieser IMA hat die Aufgabe, sich mit den politischen Problemen der Rohstoffsicherheit zu befassen.

Der BDI seinerseits hat einen Fachausschuss Rohstoffpolitik gegründet. Dieser Ausschuss – dessen Vorsitzender ich bin – hat unter anderem die Aufgabe, die bestehenden Probleme kontinuierlich im IMA zu artikulieren und die rohstoffpolitischen Interessen der deutschen Industrie gegenüber der Politik zu vertreten.

Die Bundesregierung ist in der Verantwortung, auf den Abbau bestehender Verzerrungen hinzuwirken. Diese Erwartung haben wir deutlich gemacht. Allerdings sind die Möglichkeiten der Bundesregierung, gegen die Handels- und Wettbewerbsverzerrungen vorzugehen, weitgehend auf den direkten Dialog mit den betreffenden Ländern beschränkt.

Denn die Kompetenz für die Handelspolitik liegt bei der Europäischen Kommission.

Meine Damen und Herren,
die Kompetenz für viele Politikbereiche mit Einfluss auf unsere Rohstoffsicherheit liegt teilweise oder ausschließlich bei der Europäischen Kommission. Dies betrifft neben der Handelspolitik insbesondere die Umwelt-, die Außen- und die Entwicklungspolitik.

Deshalb – und damit sind wir bei der Antwort auf meinen zweiten Punkt – brauchen wir auch auf europäischer Ebene einen strategischen Ansatz in der Rohstoffpolitik!

Wie muss eine solche strategische Rohstoffpolitik auf europäischer Ebene aussehen?

Es gibt in einer Reihe von Politikbereichen konkreten Handlungsbedarf, insbesondere in der Handels-, der Umweltpolitik und der Entwicklungspolitik.

Lassen Sie mich dies kurz skizzieren.

Zur Handelspolitik:

Hier ist der Handlungsbedarf akut:

Exportbeschränkungen, Importsubventionen, Manipulationen beim Zoll, Schmuggel usw.. Die Europäische Kommission ist gefordert, diese Verzerrungen konsequent zu bekämpfen und dies sowohl auf multilateraler als auch bilateraler Ebene.

Auf multilateraler Ebene müssen Rechtslücken geschlossen, vorhandene Regeln verbessert und WTO-widrige Praktiken geahndet werden.

So umfasst beispielsweise die WTO-Rechtsordnung derzeit kein Verbot von Exportzöllen. Exportzölle behindern den freien Handel erheblich.

Die im Jahr 2000 in Russland eingeführten 50%igen Exportzölle auf Metallschrotte haben faktisch zu einem Exportstopp geführt. Wir unterstützen daher die EU-Kommission nachdrücklich darin, ihren leider zunächst gescheiterten Versuch, diese Rechtslücke zu schließen, konsequent weiter zu verfolgen.

Meine Damen und Herren,
die WTO-Prozesse sind langwierig. Deshalb muss die EU-Kommission unsere Rohstoffinteressen auch ganz gezielt zusätzlich in bilateralen Verhandlungen durchsetzen. Ansatzpunkte bieten zum Beispiel die Freihandelsverhandlungen mit der Ukraine, Südkorea und den Golfstaaten.

Ich bin überzeugt:

Hätte man bilaterale Freihandelsabkommen schon früher auch mit der „Rohstoffbrille“ verhandelt, dann hätte es die vielen Ausnahmeregelungen für Rohstoffe in den Vereinbarungen der EU mit China zum WTO-Beitritt des Landes nicht gegeben! Heute sind sie Fakt und zwar vermutlich leider auf lange Zeit.

Allerdings:

Wir haben den Eindruck, die Europäische Kommission hat gelernt.

Darauf haben nicht zuletzt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, der BDI und unser europäischer

Dachverband hingewirkt. So hat die Kommission in den Verhandlungen mit der Ukraine zum WTO-Beitritt des Landes durchgesetzt, dass die bestehenden Exportzölle auf Eisen- und Nicht-Eisen-Schrotte schrittweise gesenkt werden.

Im Zuge der bald beginnenden bilateralen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen sollen die Exportzölle dann restlos beseitigt werden - so zumindest die Ankündigung der Kommission. Wir werden sie daran messen !

Auch in den Verhandlungen mit Russland über einen WTO-Beitritt muss ein Abbau der bestehenden Exportbeschränkungen durchgesetzt werden.

In den bilateralen Verhandlungen mit Indien, Korea und den ASEAN-Ländern gilt es, über einen Abbau von Exportbeschränkungen hinaus verbindliche Vorkehrungen gegen Exporthemmnisse und handelsverzerrende Subventionen zu treffen.

Zur Umweltpolitik:

Hier besteht konkreter Handlungsbedarf

hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen für Sekundärrohstoffe.

Metallschrotte sind für Deutschland, wie auch für Europa insgesamt, bei vielen metallischen Rohstoffen die einzige heimische Rohstoffquelle.

Und sie leisten einen bedeutenden Beitrag für die Rohstoffversorgung und nachhaltige Entwicklung Europas: Der Sekundärrohstoffanteil bei Metallen liegt EU-weit zwischen 40 und 60 %!

Allerdings hat die Sekundärrohstoffindustrie mit unangemessenen Regelungen und übermäßiger Reglementierung zu kämpfen: So werden Metallschrotte seit mehr als 10 Jahren durch die europäische Abfallrahmenrichtlinie als Abfall klassifiziert. Dies bedeutet ein Mehr an administrativen Aufwand, zusätzliche Kosten für die Unternehmen und einen nicht zu unterschätzenden Imageverlust für das Metall.

Bestes Beispiel ist die neue europäische Abfallverbringungsverordnung, die für Im- und Exporte

gilt. Neuerdings müssen unsere Recyclingunternehmen mit ihren Schrottlieferanten in der ganzen Welt Rücknahmeverträge abschließen. Warum? Weil die EU sichergehen will, dass die Lieferung unterwegs nicht irgendwo abgekippt wird. Bei den heutigen Schrottpreisen einfach ein Irrsinn.

Und das gilt nur, wenn der Schrott nach Europa kommt, geht er z.B. an der EU vorbei, braucht es diese Verträge nicht.

Ich kann mir gut vorstellen, dass sich der Rest der Welt über diese neue EU-Regelung freut - zu unseren Lasten. Die laufende Revision der Abfallrahmenrichtlinie muss dazu genutzt werden, diesem Unsinn ein Ende zu setzen. Dann sollte am besten auch gleich mit klargestellt werden, dass diese Schrotte dann nicht in REACH fallen.

Abschließend zur Entwicklungspolitik: Die EU ist für die meisten afrikanischen Länder traditionell der wichtigste Wirtschaftspartner. Europa hat in Afrika einen großen Einfluss. Bislang nutzen wir diesen Einfluss jedoch nicht

zur Sicherung unseres Zugangs zu Rohstoffen.

Stattdessen sehen wir tatenlos mit an, wie China durch Direktinvestitionen in rohstoffreiche Länder und großzügige staatliche Kredite ganz gezielt seinen Zugang zu Rohstoffen absichert.

Konkret sollten rohstoffreichen Ländern Hilfestellungen für die Exploration und Erschließung von Lagerstätten angeboten werden. Hier geht es also um den Aufbau der erforderlichen Infrastruktur. Es geht darum, den Ländern Wege zu zeigen, wie sie ihren Rohstoffreichtum in wirtschaftliche Entwicklung umsetzen können.

Tatsache ist jedoch: Rohstoffe spielen bisher in der EU-Entwicklungszusammenarbeit ein Schattendasein. Sowohl politisch als auch in der konkreten Projektarbeit wird der Rohstoffsektor stiefmütterlich behandelt. Das muss sich ändern !

Die Zeit drängt.

Während wir in Deutschland und Europa über die richtigen Strategien diskutieren, werden auf den Märkten Fakten geschaffen.

Immerhin, Anfänge sind sowohl in Deutschland als auch auf Brüsseler Ebene gemacht. Die Europäische Kommission hat eine umfassende EU-Strategie zur Sicherung der Versorgung der Industrie in Europa insbesondere mit nicht-energetischen Rohstoffen angekündigt. Sie soll neben den eben skizzierten Politikbereichen auch Elemente der Wirtschafts- und der Außenpolitik umfassen. Dies ist ein wichtiger Schritt, der von uns nachdrücklich unterstützt wird.

Derzeit wird in der Kommission an einer Mitteilung zum Thema Rohstoffsicherheit gearbeitet – einem Papier, das der Vorbereitung dieser Strategie dient. Es ist daher wichtig, dass die Industrie, dass die Unternehmen und die sie vertretenden Verbände jetzt die Chance nutzen und aktiv Einfluss auf die Entwicklung dieser Strategie nehmen.

Hierzu findet gerade eine Internetkonsultation statt, bei der die betroffenen Unternehmen sich äußern sollen, was aus ihrer Sicht zu geschehen hat.

Ich möchte Sie ermutigen, ja auffordern, die 30 Seite
19 von 20

Minuten, die eine Bearbeitung des Fragebogens erfordert, zu investieren. Denn hier besteht für uns die Chance, deutlich zu machen, was aus Sicht der Industrie geschehen muss.

Die Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen ist die Voraussetzung für eine funktionierende Wertschöpfungskette und damit Grundlage für Wohlstand und Wachstum in Europa.

Rohstoffsicherheit ist kein Anliegen einzelner Unternehmen oder Branchen, sondern zentrales Erfordernis der nachhaltigen Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Meine Damen und Herren,
der Spiegel-Journalist Gabor Steingart schrieb 2006 ein Buch, dem er den Titel gab: „Weltkrieg um Wohlstand“. Darin bezeichnete er Europa als „den erschöpften Kontinent“, quasi als den fußkranken Löwen im Dschungel der Globalisierung.

Ich bin überzeugt, dass wir die Kraft und das Potential haben, beim „globalen Dschungelmarathon“ mitzuhalten. Die Unternehmen wären schnell aus dem Rennen, wenn sie sich nicht bewegten. Die Politik steht leider noch zu oft und zu lange vor neuen Herausforderungen mit teilweise alten, stumpf gewordenen Instrumenten. Diese gilt es zu schärfen.

Rohstoffe sind keineswegs der brüchige Klebstoff für den Erhalt einer untergehenden Industriegesellschaft, sie sind der Treibstoff für unsere nachhaltige, zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. Und dafür kämpfen wir!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit !